

EIN ZIEL VON 1 527 010 LISTENSTIMMEN

Am 1. April fand in Biel die 87. ordentliche Delegiertenversammlung der EVP Schweiz statt. Am Morgen stimmten die Delegierten der KOSA-Initiative und dem Bildungsrahmenartikel zu, am Nachmittag folgten die statutarischen Geschäfte.

VON NIKLAUS HARI

Die 87. ordentliche Delegiertenversammlung der EVP Schweiz befasste sich am 1. April in Biel mit der voraussichtlich am 24. September zur Abstimmung gelangenden Volksinitiative «Nationalbankgewinne für die AHV» (KOSA-Initiative) und dem Bildungsrahmenartikel. Rudolf Rechsteiner (SP, Basel BS), der Vater der Initiative, wies darauf hin, dass die finanziellen Aussichten der AHV wegen der demographischen Entwicklung alles andere als rosig seien. Deshalb will die Initiative die Gewinne der Nationalbank zu einem grossen Teil der AHV zukommen lassen. Bis anhin hatten der Bund und die Kantone diese Gelder erhalten, haben diese laut Rechsteiner aber nicht selten für Steuersenkungen zugunsten der Reichsten eingesetzt.

Doppeltes Unbehagen

Heiner Studer (EVP, AG) plädierte hingegen für ein Nein zur Initiative. Die Gelder, die der Bund bis jetzt ohne Zweckbindung bekomme (rund 800 bis 900 Millionen Franken pro Jahr), müssten zukünftig bei anderen Aufgaben eingespart werden: die Gefahr sei gross, dass Bildung oder Umweltschutz darunter leiden würden.

Für einmal folgten die Delegierten aber nicht dem Antrag des EVP-



Parteipräsident Ruedi Aeschbacher vor den Delegierten in Biel.

Nationalrats, sondern fassten mit 65 zu 27 Stimmen die Ja-Parole zur KOSA-Initiative. Ausschlaggebend dafür war ein doppeltes Unbehagen: erstens wurde befürchtet, die Kantone würden die Nationalbankgewinne tatsächlich nur für Steuersenkungen verpulvern (wie beim überschüssigen Nationalbankgold zum Teil geschehen). Zweitens stellten sich die Delegierten der EVP klar gegen Erhöhungen der Mehrwertsteuer, weil diese Steuer unsozial ist und insbesondere Familien überdurchschnittlich belastet. Eine Erhöhung zugunsten der AHV scheint zwar unvermeidlich: wird die Initiative angenommen dürfte sie aber erst zu einem späteren Zeitpunkt kommen. Unbestritten war hinge-

gen der von Heiner Studer präsentierte Bildungsrahmenartikel: die Vorlage wurde von den Delegierten einstimmig abgesehenet.

Die EVP in Zahlen

Am Nachmittag folgten schliesslich die statutarischen Geschäfte: als erstes nahm Parteipräsident Ruedi Aeschbacher eine Einschätzung der politischen Lage vor. Anschliessend präsentierten Generalsekretär Joel Blunier und Kommunikationsverantwortlicher Niklaus Hari das Parteileben im letzten Jahr anhand einer Zahlenreihe: von 2 Delegiertenversammlungen über unter anderem 5 PraktikantInnen, 27 Medienmitteilungen, 131 Massnahmen im neuen Programm und 4418 Mitgliedern ging die Treppe hoch bis zur Zahl 1 527 010: so viele Listenstimmen sind bei den Nationalratswahlen 2007 voraussichtlich erforderlich, damit die EVP in den Kantonen Aargau, Bern und Zürich fünf Mandate und damit Fraktionsstärke aus eigener Kraft erreicht! Die von Finanzchef Beat Monhart präsentierte Rechnung 2005 und das Budget 2007 wurde von den Delegierten problemlos abgenommen, bevor die DV mit den Ergänzungswahlen in den Zentralvorstand schloss: gewählt wurden Nancy Bolleter (für die EVP Frauen Schweiz), Anika Bossard (EVP AG), François Bachmann (PEV VD) und Ueli Scheuss (EVP SG).

KOMMENTAR

Inputfaktor Mensch

Kennen Sie sich aus mit der volkswirtschaftlichen Produktionstheorie? Grob gesagt geht es darum, dass mit einer Reihe von Faktoren der volkswirtschaftliche Output produziert wird. Solche Produktionsfaktoren können sein: Arbeit, Kapital, Boden, aber auch die Natur allgemein, Wissen oder Energie. Als Unternehmer versuchen Sie, diese Faktoren so zu kombinieren, dass mit möglichst tiefem Faktorverbrauch ein möglichst grosser Output erzielt wird: Sie steigern die Produktivität. Dabei setzen Sie bei jenem Produktionsfaktor an, der Sie am meisten kostet. Hier ist das grösste Sparpotenzial vorhanden! Sie folgen damit ganz der Logik, wie sie Walter Niederberger im Tages Anzeiger vom 4. April 2006 im Zusammenhang mit der Fusion von Lucent und Alcatel beschreibt: «Das neue Unternehmen, dessen Name noch nicht feststeht, beschäftigt knapp 90 000 Mitarbeiter. Davon sollen zehn Prozent entlassen werden.» Anzahl Mitarbeiter und Anzahl Kündigungen werden im gleichen Atemzug genannt und scheinen untrennbar zusammenzugehören. Ein mögliches Gegenmittel ist bekannt: Lohnnebenkosten runter, Energiesteuern rauf. Mit dieser ökologischen Steuerreform wird der Produktionsfaktor Arbeit im Vergleich zum Produktionsfaktor Energie billiger. Die Folgen: mehr Arbeitsplätze, weniger Energieverbrauch. Eine rundum gute Sache, oder? Niklaus Hari

Geduldiges Bohren dicker Bretter

Politik, so hörte ich kürzlich, sei «das geduldige Bohren dicker Bretter». Schrecklich dick scheinen sie bei uns zu sein. Beispiel Rauchen: Seit Jahrzehnten sind die gesundheitlichen Gefahren bekannt. Für Raucher, aber auch für die freiwillig oder unfreiwillig Mitrauchenden, die Passivraucher.

Unsere europäische Nachbarn haben öffentliche Gebäude, Restaurants, Bahnhöfe, ja sogar Pubs rauchfrei gemacht. Nur sehr zögerlich folgt die Schweiz. Und es braucht offenbar Volksinitiativen, bis die Politik spurt (beispielsweise im Kanton Zürich), obwohl über 70 Prozent unserer Bevölkerung nicht raucht und eine klare Mehrheit auch nicht zwangsweise mitrauchen möchte.

Beispiel Klimaschutz: Die Schweiz hat sich verpflichtet, weniger klimaschädigendes CO₂-Gas - es kommt aus Motoren und Heizungen - auszustossen. Heute sind wir vom Ziel weit entfernt. Trotzdem wird alles getan, die für diesen Fall gesetzlich vorgeschriebenen Massnahmen (CO₂-Lenkungsabgaben) zu verhindern oder zu verzögern.

Beispiel Kinderzulagen: Im März 1991 verlangte Nationalrätin Fankhauser mit einer Parlamentarischen Initiative schweizweit für jedes Kind eine Kinderzulage von mindestens 200 Franken. 15 Jahre und 11 Tage später haben National- und Ständerat endlich entsprechend beschlossen. Halt, nicht zu früh gefreut: möglicherweise kommen noch ein Referendum und eine Volksabstimmung...

Bekanntlich muss gut Ding Weile haben. Ja schon, aber so viel? Darum, liebe EVP-Freunde, nicht nur dranbleiben, sondern auch Druck machen!



Ruedi Aeschbacher
Präsident EVP Schweiz

«Das Zünglein an der Waage wird künftig vor allem die EVP mit ihren 13 Sitzen spielen können.»

Analyse im Berner Bund vom 10. April 2006 nach den Berner Grossratswahlen, bei denen die EVP trotz Verkleinerung des Rates zwei Sitze hinzugewann. SVP, FDP, EDU, CVP, FPS und SD haben mit 83 Sitzen eine kleine Mehrheit; SP, Grüne und PSA kommen auf 64 Sitze.

«Die EVP-Vertreter stehen ohne Wenn und Aber hinter dieser Vorlage und werden sie auch in einem allfälligen Referendumskampf aktiv unterstützen.»

Schlussvotum von Nationalrat Heiner Studer (EVP, AG) am 24. März 2006 zum Bundesgesetz über die Familienzulagen.

«Begeisterung allein reicht nicht mehr aus, um öffentliche Gelder zu bekommen. Schliesslich müssen wir dafür grade stehen.»

Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE) zur Krediterhöhung für die Euro 08.

PAROLE DER EVP

gefasst am 1. April in Biel
von der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz

Bundesbeschluss über die Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung (Bildungsrahmenartikel)

JA

INHALT

Als Ehepaar im Gemeinderat: Richard und Claudia Rabelbauer	3
Volksabstimmung: Ja zum Bildungsrahmenartikel	4
Aus dem Bundeshaus: Von Zigaretten und Kampfhunden	5
Grossratswahlen im Kanton Bern: Plus 1.34 Prozent für die EVP	6
Kommunalwahlen im Kanton Zürich: Die EVP legt fast überall zu	7

EIN PAAR IM PARLAMENT

Am 12. Februar hat die EVP Stadt Zürich sechs Sitze im Gemeinderat erzielt. Gewählt wurden auch Richard und Claudia Rabelbauer.



Richard und Claudia Rabelbauer freuen sich auf die Arbeit im Rat.

VON NIKLAUS HARI

Richard und Claudia, herzliche Gratulation zur Wahl in den Zürcher Gemeinderat. Wie seid Ihr zur Politik und zur EVP gekommen?

Richard: Als ich mit dreissig mit Fussball aufhörte, hatte ich mehr Zeit für mein politisches Engagement. Für mich kam nur eine christliche Partei in Frage. Ich bestellte die Parteiprogramme von CVP und EVP. Erstere hatte zwar schöne Positionen drin, aber der klare Bezug zu christlichen Werten fehlte mir. So kam ich zur EVP.

Claudia: Zur EVP bin ich durch Richard gekommen. Als Schulleiterin bin ich aber derart abhängig von der Politik und ihren Entscheidungen, dass ich mich unweigerlich für Politik zu interessieren begann.

Nun hat die EVP zur Freude aller bei den Wahlen sechs Sitze errungen. Was war der Schlüssel zum Erfolg?

Richard: Dass wir gleich anderthalb Prozent vorwärts machen würden, haben wir nicht erwartet.

Claudia: Es kamen verschiedene Faktoren zusammen, die alle für uns spielten. Es stimmt aber auch, dass wir noch nie einen so aktiven Wahlkampf geführt haben.

Richard: Wir haben wirklich alles gegeben, auch finanziell. Die 5-Prozent-Hürde hat viele von uns zusätzlich motiviert. Wir versuchten einfach, den ganzen Wahlkampf über sehr präsent zu sein. Wichtig war auch die Bereitschaft von Ernst Danner, mit seiner Stadtratskandidatur im Rampenlicht zu stehen.

Claudia: Der momentane Trend spricht für die EVP. Fragen wie die Islamproblematik können verunsichern oder verängstigen. Da besinnen sich manche wieder auf Parteien, die auf solche Fragen Antworten haben.

Meine Frage, wie es sich als Paar im Gemeinderat lebt, ist verfrüht.

Claudia: Wir werden erst am 3. Mai vereidigt. Die Vorbereitungen in der Fraktion sind aber angelaufen, die Behördensitze wurden verteilt. Schön finde ich, dass wir nun an viele Anlässe zu zweit gehen können. Man hat ja auch Verpflichtungen ausserhalb des Gemeinderates. Ich schätze es, dass wir zusammen die Themen diskutieren können, auch wenn wir nicht immer gleicher Meinung sind und wohl auch nicht immer gleich abstimmen werden.

Richard: Da werden die Leute wohl besonders drauf schauen. Gut ist, dass wir sehr schnell eine Zweitmeinung einholen können. Und zusammengearbeitet haben wir ja auch schon jetzt: als Präsident der EVP Stadt Zürich habe ich vieles mit Claudia zusammen vorbereitet.

Claudia: Das Verständnis zwischen uns ist gewachsen, wir sitzen im gleichen Boot. Wenn jemand von uns ständig unterwegs wäre und der oder die andere immer daheim, dann wäre das schwieriger.

Zuerst wollte die EVP wieder mit der CVP eine Fraktion bilden. Nun habt Ihr doch eine eigene Fraktion.

Claudia: Vom menschlichen her hätten wir die langjährige Zusammenarbeit mit der CVP sehr gerne weitergeführt.

Richard: Dann hat sich herausgestellt, dass wir gemeinsam nicht viel mehr Kommissionssitze erhalten hätten. Eine Rolle gespielt hat natürlich auch die Fraktionsentschädigung. Nun führen wir die Zusammenarbeit fraktionsübergreifend weiter.

Wie geht es weiter mit der 5-Prozent-Hürde?

Richard: Die CVP/EVP-Fraktion hat eine Motion mit dem Ziel der Abschaffung eingereicht, das Gleiche wurde auch auf Kantonsebene gemacht. So wurde nun der parlamentarische Weg eingeschlagen. Eine Volksinitiative, gemeinsam lanciert von den kleinen Parteien, bleibt aber eine Option.

Claudia und Richard, alles Gute für die kommende Zeit.

Claudia: Ich freue mich sehr auf die Arbeit im Gemeinderat! Und bin Gott auch dankbar für ein so klares Zeichen.

Richard: Ein klares Zeichen auch für andere. Habt Mut und übernehmt Verantwortung!

Claudia: Wir haben Gott gesucht in diesem Wahlkampf wie kaum je zuvor. Wir haben ihn gebeten, dass diese Wahlen Klarheit schaffen und das haben sie getan.

EVP: die einzig wahre Familienpartei

Richard und Claudia Rabelbauer sind kein Einzelfall in der EVP: auch Jack und Iris Briner sassen als Paar im Gemeinderat von Bülach. In Worb politisieren im Grossen Gemeinderat Alfred (Vater) und Lukas (Sohn) Zimmermann Seite an Seite. Bis 2006 sass Ruth Kleiber zusammen mit ihrem Sohn im Winterthurer Stadtparlament: diesen Frühling wurde Dominic leider abgewählt. Ähnliches in Murten: mit Mutter Susanne und Sohn Michael Rüfenacht kam die EVP im 2001 auf Anhieb in den Murtener Generalrat. Lilian Studer reichte im Aargauer Grossrat auch schon mal den selben Vorstoss ein wie ihr Vater Heiner im Nationalrat. Oftringen ist fest in der Hand der Gebrüder Bhend: Martin ist Gemeindeamman, sein Bruder Paul Schulpflegepräsident. Schon fast von Thronfolge sprechen muss man bei den Zwygarts: als Otto Zwygart sen. 1983 nicht mehr zur Nationalratswahl antrat, beerbte ihn Otto Zwygart jun. vom letzten Listenplatz aus.

Richard und Claudia Rabelbauer-Pfiffner

Alter: 40 und 33 Jahre
 Beruf: Richard ist Physiker ETH und heute betrieblicher Leiter des Kinderbildungszentrums Kibiz in Zürich. Claudia ist Lehrerin und Schulleiterin im Schulhaus Bläsi in Höngg.
 Kirche: City Church Zürich
 Hobbies: Theaterspielen, Politisieren, Kino, Reisen, Sport

Was christliche Politik auszeichnet

Christliche Politikerinnen und Politiker richten sich nicht so sehr nach dem Parteiprogramm aus, sondern nach dem Evangelium. Das gibt ihnen eine grosse Freiheit. Auch in der Wahl ihrer Partei. Es muss nicht unbedingt das hohe C oder E sein. Als Nachfolger Jesu bringen sie sich dort sach- und realpolitisch ein. Nicht alle Fragen lassen sich vom Evangelium her eindeutig klären. In diesen Fällen ist es die Haltung, mit der politisiert wird, welche christliche Politikerinnen und Politiker auszeichnet und eint.

Bei dieser aus der Christusnachfolge heraus gelebten Grundhaltung denke in an drei Dinge.

1. Es wird auf den Ball gespielt, nicht auf die Frau (bzw. den Mann). Christliche Politik zeichnet sich durch Fairplay aus. Fairness ist der Boden, auf dem das Kollegialitätsprinzip gedeiht.
2. Man weiss um die Vorläufigkeit der Politik. Jesus hat sich weder zu einer Erbteilung hinreissen lassen, geschweige denn zu einem politischen Engagement: «Mein Reich ist nicht von dieser Welt». Christliche Politik wird so demütig - eine Wohltat im eitlen Politbetrieb. Christliche Politik weiss, dass das Reich Gottes nicht durch die Politik kommt und dass der absinkende Grundwasserspiegel der Werte in unserer Gesellschaft nicht auf politischem Weg gehoben werden kann.
3. Christliche Politik kennt den Unterschied zwischen Vollmacht und Macht. Sie wehrt gerade um des Glaubens willen einer falschen Vermischung von Glaube und Politik, religiösem und politischem Sendungsbewusstsein (hier müsste man Bush aus dem Busch klopfen). Christus als Fundament ist Prophylaxe vor jeglichem Fundamentalismus - auch vor dem religiös-politischen.

Pfarrer Daniel Zindel, SP-Grossrat Kanton Graubünden, Leiter der Stiftung «Gott hilft»

KEINE ANGST VOR DEM «SCHULVOGT»

Am 21. Mai 2006 haben Volk und Stände über eine Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung abzustimmen. Es handelt sich um eine breit abgestützte Lösung.



Für das Hochschulwesen sind der Bund und die Kantone gemeinsam verantwortlich. Im Bild die Universität Zürich.

VON HEINER STUDER, NATIONALRAT

Die am 21. Mai zur Abstimmung gelangende Vorlage geht auf eine Parlamentarische Initiative von Nationalrat Hans Zbinden (SP/AG) für einen neuen Bildungsrahmenartikel in der Bundesverfassung aus dem Jahr 1997 zurück. Als Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) konnte ich die Vorlage bis zur Verabschiedung durch National- und Ständerat im Dezember 2005 mitgestalten. Mich stimmt zuversichtlich, dass es sich bei der neuen Verfassungsbestimmung um eine breit abgestützte Lösung handelt: noch heute sind lösungsorientierte und sinnvolle Resultate möglich.

Die Vorlage ist eine Neufassung der bildungsbezogenen Artikel 62 bis 67 unserer Bundesverfassung. Sie legt Ziele für das schweizerische Bildungswesen fest, klärt die öffentlichen Aufgaben im Schul- und Bildungsbereich und verteilt die Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit soll verbessert, die

interkantonale und -nationale Mobilität erleichtert werden. Dazu ist eine gesamtschweizerische Harmonisierung der kantonalen Bildungssysteme in gewissen Punkten nötig.

Die wichtigsten Neuerungen

- a. Als wegleitende Ziele des schweizerischen Bildungswesens werden Qualität und Durchlässigkeit festgelegt.
- b. Bund und Kantone erhalten die ausdrückliche Pflicht zur Koordination und Zusammenarbeit.
- c. Beim Schuleintrittsalter und der Schulpflicht, bei der Dauer und den Zielen der Bildungsstufen und deren Übergänge sowie bei der Anerkennung von Abschlüssen wird eine gesamtschweizerisch einheitliche Regelung von Eckwerten festgeschrieben.
- d. Für die Koordination und die Gewährleistung der Qualitätssicherung im Hochschulwesen wird die gemeinsame Verantwortung Bund und Kantonen übertragen.
- e. Über die Studienstufen und deren Übergänge, über die akademische Weiterbildung, über die Anerkennung von Institutionen und die

Finanzierungsgrundsätze für die Hochschulen werden einheitliche Regelungen unterbreitet.

f. Für die allgemeine Weiterbildung erhält der Bund die Kompetenz für den Erlass einer Rahmengesetzgebung.

g. Es wird zudem festgehalten, dass allgemeinbildende und berufsbezogene Bildungswege eine gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung haben müssen.

h. Sollte die angestrebte einheitliche Regelung der Eckwerte im Schulwesen oder die Erreichung der Ziele auf der Hochschulstufe nicht auf dem Koordinationswege zustande kommen, kann der Bund die notwendigen Vorschriften erlassen. Diese Bundeskompetenz ist neu.

Keineswegs ein «Schulvogt»

Bei dieser Vorlage handelt es sich keineswegs um den in den Kantonen seit der Errichtung unseres Bundesstaates gefürchteten «eidgehörliche Schulvogt». Schon die Tatsache, dass bei der Formulierung der neuen Verfassungsbestimmungen die Erziehungsdirektorenkonferenz aktiv miteinbezogen war, zeigt, dass Weg und Resultat einvernehmlich gesucht und gefunden wurden. Die Delegierten der EVP empfehlen ein Ja zur Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung.

KOSA-Initiative

Die Delegierten der EVP sagten am 1. April in Biel nicht nur JA zum Bildungsrahmenartikel, sondern auch zur Volksinitiative «Nationalbankgewinne für die AHV» (KOSA-Initiative). Eine Besprechung der Vorlage folgt im jener Nummer von akzente, welche vor dem wahrscheinlichen Abstimmungstermin vom 24. Sept. 2005 erscheint.

Teurer Pass

Im Rahmen eines Pilotprojektes kann ab September dieses Jahres ein biometrischer Pass bezogen werden. Dieser ist aber mit 250 Franken sehr teuer. Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) wehrt sich mit einer Anfrage im Nationalrat dagegen, dass die höheren Kosten während des Pilotprojektes auf die Passbezüger abgewälzt werden. Insbesondere soll für Familien ein Tarif gelten, «der für einemehrköpfige Durchschnittsfamilie noch bezahlbar ist.»

Bessere Statistik

Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE) fordert mit einer Motion eine präventionstaugliche Statistik über Schwangerschaftsabbrüche. Die bestehenden Fragebogen sind zu wenig detailliert: so können keine präventivmedizinische Schlüsse gezogen werden, die Abbrüche vermeiden helfen.

Rückführungen nach Äthiopien

Dank einem finanziellen Engagement der Schweiz nimmt Äthiopien seit einiger Zeit unfreiwillige Rückkehrer aus der Schweiz auf. Walter Donzé will in einer Anfrage vom Bundesrat wissen, ob das Land wirklich als sicher gelten könne, ob die Finanzhilfe der Regierung zukomme oder NGO's gewährt werde und wie der Bund von Äthiopien die Einhaltung der Menschenrechte fordere.

Todesstrafe für Christ

In Afghanistan droht einem 41-jährigen Mann, welcher zum christlichen Glauben übertrat, die Todesstrafe. Nationalrat Heiner Studer (EVP, AG) wehrt sich im Nationalrat mit einer Anfrage für den Mann: «In welcher Weise formuliert der Bundesrat gegenüber Afghanistan und der Weltöffentlichkeit umgehend und unmissverständlich seinen Protest?»

BALD KINDERZULAGEN?

Eine gute Session sei es gewesen, urteilt Nationalrat Heiner Studer (EVP, AG). Das Parlament hat einheitliche Kinderzulagen beschlossen, nun kommt aber das Referendum.

(nh). Mit dem Ja des Parlamentes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen kommen einheitliche Kinderzulagen endlich in Sichtweite: die Kinderzulage sollen pro Kind und Monat mindestens CHF 200 (Ausbildungszulage mindestens CHF 250) betragen. Der Schweizerische Gewerbeverband ergriff in der Zwischenzeit das Referendum.

Ebenfalls näher rückt die CO₂-Abgabe: obwohl im CO₂-Gesetz grundsätzlich beschlossen muss ihre Höhe vom Parlament festgesetzt werden. Erfreulicherweise ist der Rat auf das Geschäft eingetreten, nun darf man gespannt sein auf die Detailberatung.

Beim in der Frühlingsession verabschiedeten neuen Radio- und Fernsehgesetz hat sich der Einsatz von Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) gelohnt: Die Radioprogramme der SRG bleiben ganz werbefrei, generell verboten sind politische und religiöse Werbung sowie die Tabak- und Alkoholwerbung.

Im Raumplanungsgesetz konnte laut Ruedi Aeschbacher ein «äusserst fragiler Kompromiss» erzielt werden, auch wenn die Öffnung des Raumplanungsrechts «grundsätzlich keine erfreuliche Angelegenheit» sei. Mit der beschlossenen Re-

vision können die Bauern in ihren nicht mehr landwirtschaftlich genutzten Liegenschaften Nebenbetriebe einrichten und so ihr Einkommen aufbessern.

Die EVP-Nationalräte haben zwar nichts dagegen, wenn ein Unternehmen seine Mitarbeiter an der Firma beteiligt. Diese Aktien oder Optionen müssen aber genau gleich besteuert werden, wie andere Einkommen auch. Zwar konnten die EVP-Vertreter in der Frühlingsession das Schlimmste - einen noch stärker reduzierten Steuersatz - gerade noch verhindern, hoffen aber dennoch auf die Korrektur des Ständerates.

Der Bundesrat wollte es den Kantonen überlassen, ob sie Massnahmen gegen Kampfhunde ergreifen wollen. Mit der Annahme zweier Motionen muss der Bundesrat nun aber gesetzgeberisch aktiv werden. Nationalrat Heiner Studer (EVP, AG) war bei diesem Geschäft ein viel gefragter Medienpartner.

Schliesslich wehrten sich die Nationalräte gegen den Abbau der periodischen Kontrolle von Öltanks. Leider vergeblich: obwohl mit der Massnahme vielleicht bloss zwei Mitarbeiter in der Verwaltung eingespart werden können.

Finanzierung der Kohäsionsmilliarde

Der Bundesrat will die Kohäsionsmilliarde an die neuen EU-Mitgliedsländer durch entsprechende Einsparungen bei EVD und EDA kompensieren. Heiner Studer will den Bundesrat mit einer Anfrage dazu bringen, auch vom EJPD einen Beitrag einzufordern. Immerhin spare das Departement dank Schengen/Dublin jährlich 80 Millionen Franken. Die Kohäsionsmilliarde habe mit den Bilateralen Abkommen zwar keinen rechtlichen, aber doch einen sachlichen Zusammenhang.

Mindestpreise für Zigaretten?

Der Bundesrat will die Tabaksteuern nicht generell erhöhen, prüft aber die Einführung von Mindestpreisen für Zigaretten, wie er in einer Antwort auf einen Vorstoss von Walter Donzé mitteilt. Weiter soll die Steuer auf Schnitttabak ungefähr verfünffacht werden, weil der Trend zum Selberdrehen ungebrochen ist. Motionär Donzé ist nur teilweise befriedigt: «Meine Sorge um die Einsteigergeneration scheint den Bundesrat nicht zu bewegen.» Gefordert hatte Donzé eine spürbare Erhöhung.

Tücken der Technik

(nh). Wenn Sie ein Haus, ein Auto oder auch nur schon ein Fahrrad besitzen, kennen Sie das Phänomen: es gibt Zeiten, in denen ständig alles in die Brüche zu gehen scheint. Kaum ein Tag in den letzten Monaten, an dem im EVP-Sekretariat nicht irgendetwas den Geist aufgegeben hätte.

Angefangen hat es mit der Netzwerkkarte in Werners Computer. Weiter ging es mit dem PC am Arbeitsplatz des Praktikanten, der nach sechsstündiger Neuinstallation seine Harddisk noch immer nicht fand. Die Frankiermaschine ist ein Dauerbrenner auf unserer Sorgenliste, mein CD-Laufwerk ist es nicht mehr: ständig meckert es über einen «ungültigen Vorgang.» Werner wechselt im Gang eine Glühbirne nach der anderen, dem Farblaser habe ich den Speicherchip richtig eingesetzt, die defekte Serverharddisk ist ersetzt und der Staubsauger wurde freundlicherweise vom Hauswart repariert.

Dass die Kaffeemaschine nach 5700 Tassen nicht mehr so recht heizen mag, muss ihr wohl verziehen werden. Auch dem Adressdrucker sehen wir die Macke gerne nach, dass er weisse Couverts mag, braune hingegen nicht. Immerhin wissen Werner und ich nun, wie wir ihn putzen müssen, damit er nicht wahllos mit Umschlägen um sich wirft. Nur um Kinderkrankheiten handelt es sich zum Glück beim neuen Release der Adressverwaltung. In diesem Kontext erstaunt nicht weiter, dass beinahe alle Sekretäre von der Grippe heimgesucht wurden. Und während ich diese Zeilen schreibe, löst sich hinter mir der Garderobehaken von der Wand und meine Jacke segelt in den Papierkorb. In Italien würde wohl ein Priester engagiert, der das ganze Büro grosszügig mit Weihwasser besprüht. Mein Stossgebet bezweckt das Gleiche: «Herr schütze dieses Haus und seine Infrastruktur!»

KURZ & BUENDIG

Kadertag am 6. Mai

Am 6. Mai findet in Zofingen der Kadertag der EVP Schweiz statt. Als Hauptreferent wird Dr. Andreas Walker zum Thema «Zukunftsorientiert politisieren» sprechen, am Nachmittag finden wie gewohnt diverse Workshops statt. Anmelden kann man sich unter www.evppev.ch.

www.evppev.ch

Die EVP hat ihren Webauftritt komplett überarbeitet: die durchgängig zweisprachige Seite ist unter www.evppev.ch zu finden.

Wechsel beim Fraktionspräsidium

Heiner Studer hat das Fraktionspräsidium wie vereinbart an Christian Waber abgegeben.

WAHLEN BERN

EVP IST WAHLSIEGERIN

Die Berner Grossratswahlen sind für die EVP überaus erfreulich verlaufen. Trotz der Verkleinerung des Rates hat die EVP zwei Mandate hinzugewonnen und stellt neu 13 Sitze.

(nh). Dreizehn statt elf Sitze wie bis anhin, ein Plus bei den Stimmenanteilen um 1.34 auf 7.34 Prozent: die EVP hat nach den Berner Grossratswahlen vom 9. April allen Grund zum Feiern. Erst recht, wenn man bedenkt, dass der Rat von 200 auf 160 Sitze verkleinert worden ist. «Dank der knappen Mehrheitsverhältnisse wird die EVP als Mehrheitsmacherin fungieren können», freut sich Barbara Streit-Stettler, Geschäftsführerin der Berner EVP.

Einen Sitz hinzugewinnen konnte die EVP in den folgenden Wahlkreisen: in Thun schafft es Marc Jost neben dem Bisherigen Walter Bieri in den Rat, im Emmental gesellt sich der Oberburger Solarpionier Josef Jenni zum Bisherigen Niklaus Gfeller und der Wahlkreis Biel-

Seeland sorgt für Frauenpower: Christine Schnegg wurde wieder, Pia Riedwil neu gewählt. Die Bisherigen Markus Grossen (Wahlkreis Oberland), Wilf Gasser (Bern), Marianne Streiff und Gerhard Baumgartner (beide Mittelland), Heinz Dätwyler, Erwin Sommer und Ruedi Löffel (alle Obergeraargau) wurden alle wiedergewählt. Einzig Thomas Grimm schaffte den Sprung in den Grossen Rat nicht mehr: im Wahlkreis Obergeraargau hatte die EVP aber auch gleich 4 Mandate zu verteidigen.

Im Berner Jura verpasste Patrick Gsteiger den 14. Grossratsitz nur um einige Hundert Stimmen; der Präsident des PEV Jura Bernois darf aber im erstmals gewählten Bernjura Rat Einsitz nehmen.

AIDSBROSCHÜRE

VERMUTLICH WIRD GEKLAGT

(nh). Im Juni 2005 hat die EVP gegen die Verteilung der Broschüre «Selbstverständlich» an den bernischen Schulen geklagt. Das für eine gleichgeschlechtlich orientierte Lebensweise werbende Heft ist für die schulische Aufklärungsarbeit überhaupt nicht geeignet. Anfang dieses Jahres hat Staatsanwalt Gottfried Aebi das zuständige Untersuchungsrichteramt mit einem Ermittlungsverfahren beauftragt. Seiner Ansicht nach hat die Aidshilfe des Kantons Bern mit dem Versand der Broschüre gegen den Artikel 197 des Strafbuches verstossen, welcher die Verteilung pornografischer Schriften an unter 16-jährige unter Strafe stellt. Aufgefallen ist ihm der Bericht eines Jugendlichen, der beschreibt, wie er auf einer Toilette von einem Unbekannten oral befriedigt wird. Aebi geht davon aus, dass er nach dem Abschluss des Ermittlungsverfahrens Anklage erheben wird.

Anzeige



WERTE FÜR DIE ZUKUNFT

PROSPERITA

Stiftung für die berufliche Vorsorge

Die erfolgreiche Pensionskasse für christliche Werke und KMU – 062 823 18 33, www.prosperita.ch

Schmutz in Riehen gewählt

Matthias Schmutz nimmt für die VEW Einsitz im Gemeinderat von Riehen. Die Ergänzungswahl wurde nötig, weil der Bisherige Willi Fischer (VEW) zum Gemeindepäsidenten gewählt wurde.

Peter Schäppi macht weiter

Am 8. April fand in Regensberg die 89. ordentliche DV der EVP Kanton Zürich statt. Peter Schäppi wurde als Kantonalpräsident bestätigt. Neue Finanzchefin ist Astrid Kugler, weiter verstärkt wurde die Parteileitung mit Hans-Jürg Gehri, Ernst Maurer und Richard Rabelbauer.

Auch Heinz Dätwyler bestätigt

Bereits am 11. März ist Heinz Dätwyler als Präsident der EVP Kanton Bern bestätigt worden. An der Kantonalberner DV in Spiez wurde die Geschäftsleitung mit Pflegefachfrau Beatrice Kuster Müller und Fürsprecher Adrian Junker verstärkt.

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei Schweiz (EVP)
13. Jahrgang, Nummer 2, April 2006
Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

Herausgeber und Redaktion:
EVP Schweiz, Niklaus Hari

Adressen- und Aboverwaltung:
EVP Schweiz, Werner Rieder

EVP Schweiz:
Postfach 7334, 8023 Zürich
Tel. 044 272 71 00, Fax 044 272 14 37
info@evppev.ch / www.evppev.ch

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Dr. Ruedi Aeschbacher, Niklaus Hari, Heiner Studer, Pfr. Daniel Zindel.

Druck und Vertrieb:
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:
Wiedergabe von Artikeln und Bildern mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

EVP LEGT IN ZÜRICH ZU

In sämtlichen Zürcher Gemeinden haben diesen Frühling Wahlen stattgefunden. Die EVP hat gesamthaft je drei Sitze in den Exekutiven und Legislativen zugelegt.

(nh). Von den Gemeinden mit einem Stadtparlament stellt die EVP neu in sieben Gemeinden (plus 1) ein Mitglied der Exekutive: neu schaffte Mark Eberli in Bülach den Sprung in den Stadtrat. In Dietikon wurde Heinz Illi Nachfolger von Reto Saxer und in Dübendorf löste Rolf Güttinger Heinz Jauch ab. Die bisherigen Stadträte Hans Zolliker (Opfikon-Glattbrugg), Johannes Zollinger (Wädenswil), Robert Welti (Schlieren) und Maja Ingold (Winterthur) wurden alle wiedergewählt. Nicht gewählt wurde Ernst Danner als Stadtrat in Zürich.

Kein Stadtpräsidium mehr

In den Gemeinden ohne Parlament stellt die EVP neu in neun Gemeinden (plus 1) ein Exekutivmitglied: neu haben Bruno Strässler in Rorbas, Elisabeth Marzorati in Bäretswil, Rudolf Rüfenacht in Wetzikon und Kurt Nüesch in Zell den Sprung in die Exekutive geschafft. Einen bisherigen EVP-Vertreter im Gemeinderat abgelöst haben Hanspeter Hugentobler in Pfäffikon (für Daniel Sigris) und Esther Kaufeld in Rüti (für Stefan Berndt). Die Bisherigen Marianne Heimgartner (Bauma), Christoph Kobel (Obfelden) und Daniel Baldenweg (Gossau) wurden alle wiedergewählt. Nicht ersetzt wur-

den Elsbeth Kuster in Thalwil, Heidi Kehrli in Affoltern, Ernst Frischknecht in Dürnten (alle Gemeinderat) und Lisette Müller-Jaag in Knonau als Schulpräsidentin. Martin Schwager präsidiert neu die Gemeinde Unterstammheim. Mit dem Rücktritt von Heinz Jauch hat die EVP in Dübendorf ihr schweizweit einziges Stadtpräsidium abgegeben.

Stadtparlamente: 38 Sitze

In Zürich meisterte die EVP die 5-Prozent-Hürde bravourös und stellt neu sechs (bisher 4) Sitze. Mandatsgewinne in den städtischen Parlamenten gab es auch in Illnau-Effretikon (plus 1 auf 3), Schlieren (plus 1 auf 2) und Winterthur (plus 1 auf 5). Die Sitzzahl gehalten hat die EVP in Adliswil (2), Dietikon (3), Dübendorf (2), Kloten (3, trotz verkleinertem Parlament) und Wädenswil (3). Mandate verloren hat die EVP in Opfikon-Glattbrugg (minus 1 auf 3), Bülach (minus 1 auf 4, verkleinertes Parlament) und Uster (minus 2 auf 2). Damit stellt die EVP Kanton Zürich 38 Sitze (plus 3) in den städtischen Parlamenten. Schliesslich wurden Ursi Cossalter in Wetzikon und Werner Kurt in Obfelden als Schulpräsidentin beziehungsweise Schulpräsident bestätigt.

EVP BE FÜR INITIATIVE

VON BARBARA STREIT-STETTLER,
GESCHÄFTSFÜHRERIN DER EVP BE

Die EVP Kanton Bern hat beschlossen, dem Lancierungskomitee der Initiative «Tagesschulen im Kanton Bern» beizutreten. Die Initiative verlangt, dass die Förderung von Tagesschulen im Volksschulgesetz verankert wird. Die Betreuung der Kinder in der unterrichtsfreien Zeit soll vom Kanton, den Gemeinden und den betroffenen Eltern gemeinsam finanziert werden. Wichtig war für die EVP Kanton Bern insbesondere, dass die Nutzung des Tagesschulangebots freiwillig bleibt. Die Eltern entscheiden über den Umfang einer Teilnahme ihrer Kinder und werden in der Gestaltung ihres Familienlebens nicht eingeschränkt. «Es hat aber keinen Sinn, vor den gesellschaftlichen Gegebenheiten die Augen zu verschliessen», sagt die Chef der Berner Grossratsfraktion, Marianne Streiff-Feller. Immer mehr Eltern - vor allem Alleinerziehende und «Working Poor» - seien erwerbstätig und könnten daher nicht immer für ihre Kinder da sein. Tagesschulen böten den Kindern nebst gesunden Mahlzeiten Hilfe bei Hausaufgaben und sinnvolle Freizeitaktivitäten. Die Unterschriftensammlung für die Initiative, die von einem breiten Spektrum von Parteien und Berufsverbänden unterstützt wird, soll spätestens im März 2006 beginnen.

TERMINE

- 22. April 2006 *jev, Aarau:
Ordentliche Mitgliederversammlung
 - 6. Mai 2006 EVP Schweiz, Zofingen:
Kadertag
 - 21. Mai 2006 Volksabstimmung
 - 17. Juni 2006 EVP Schweiz, Aarau:
2. ausserordentliche Delegiertenversammlung
 - 17. Juni 2006 EVP Schweiz, Aarau:
Zentralvorstand
- Internet weitere Termine auf www.evppev.ch

Anzeige

A.Z.B.
8023 Zürich

Adressberichtigung melden

BLITZKASTEN WAHLKAMPF IN ITALIEN

(nh). Ein bisschen peinlich war es uns ja schon, als wir feststellten, dass der im Zweijahresrhythmus stattfindende Kongress der Europäischen Volkspartei EVP Ende März aus Wahlkampfgründen absichtlich in Rom angesiedelt worden war. Die EVP - kein Scherz, der 1. April ist vorbei, die heisst tatsächlich so - vereinigt die grossen christdemokratischen Parteien Europas, darunter eben auch Berlusconi's Forza Italia, während die EVP Schweiz assimiliertes Mitglied ist.

«Forza Italia welcomes the delegates to the congress of the European People's Party» wurde gross von allen Plakat- pardon Hauswänden verkündet, denn im italienischen Wahlkampf werden die Plakate grundsätzlich überall hingepflastert, wo ein Fetzen Papier mit Hilfe von Kleister hängen bleibt. «Für ein Italien der Werte kreuzen Sie am 9. April das Symbol mit dem Albatros an.» Viel mehr an Botschaft vermag das hier abgebildete Plakat nicht zu vermitteln, wäre auch sinnlos: schon naht der nächste Plakatkleber und pappt das Logo seiner Partei über die Plakate des Gegners. Je länger der Wahlkampf, desto imposanter türmen sich die Papierberge...



Niklaus Hart

EINLADUNG UND ANMELDUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Einladung zur 2. ausserordentlichen Delegiertenversammlung (DV) der EVP Schweiz,
Samstag, 17. Juni 2006, 10.00 bis 12.30 Uhr im Grossratssaal in Aarau.

- TOP 1 Eröffnung der Tagung durch den Zentralpräsidenten
- TOP 2 Besinnliche Einleitung
- TOP 3 Grussworte
- TOP 4 Wahl der Stimmzähler (Protokollprüfer)
- TOP 5 Parolenfassung zum Ausländer- und zum Asylgesetz
Pro-Referent: Eduard Gnesa, Direktor des Bundesamtes für Migration
Kontra-Referent: Jürg Schertenleib, Leiter Protection bei der Schweizerischen Flüchtlingshilfe
Diskussion und Beschluss
- TOP 6 Schlusswort des Zentralpräsidenten

Allfällige Tagungsunterlagen werden nach der Anmeldung versandt.

Der Zentralpräsident Der Generalsekretär
Ruedi Aeschbacher Joel Blunier

Ich melde _____ (Anzahl) Personen für die DV vom 17. Juni 2006 inklusive _____ (Anzahl) Mittagessen an.

Name, Vorname: _____

Strasse, Nummer: _____

PLZ und Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____



Bis am 12. Juni 2006 einsenden an:
EVP Schweiz
Josefstrasse 32
Postfach 7334
8023 Zürich
Telefon 044 272 71 00
info@evppev.ch